

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verantwortlich:
Riesa 1500,
Grafenstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 278.

Mittwoch, 30. November 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Abrechnungsbillets keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschke 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Genfer Vorschau.

Die Völkerbundstadt am blauen See ist wieder zum Leben erwacht. Die Rufen sind bereits seit einigen Tagen mit dem umfangreichen Arbeiterstudium beschäftigt, die deutsche Delegation hat sich bereits eingefunden, auch die Engländer haben ihre Quartiere im Hotel schon bezogen. Am Mittwoch, dem Tage der Eröffnung der Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, werden auch die Franzosen vollständig erschienen sein. Wieder das Arbeitsgebiet, das sich die Herren für die nächsten Tage stellen werden, geben die Meinungen weit auseinander. Wie stets versucht auch diesmal die französische Delegation, das Programm der Tagesordnung möglichst einengen, die ganze Tagesdauer möglichst kurz zu halten. Von den anderen Delegationen wird der Wunsch sehr lebhaft geäußert, diesmal etwas einseitiger auf das der Beratung vorliegende Material einzugehen, was bei der vorerwähnten Dauer der Tagung von drei bis vier Tagen nicht möglich wäre. Somit ist es nicht unwahrscheinlich, daß der französische Standpunkt diesmal ins Hintertreffen kommt, die vorbereitende Abrüstungskommission also zugleich mit den Sitzungen des Völkerbundesrates weiterarbeiten wird. Die wichtigste Aufgabe, die in diesen Tagen der Kommission gestellt ist, ist die Wahl des Sicherheitsausschusses. Mit der Lösung dieser Aufgabe wäre formell das vorerwähnte Arbeitsprogramm bereits erschöpft. Der Reize dürfte infolgedessen ein Strich durch die Rechnung gezogen werden können, als es nicht anständig wäre, den einzelnen Delegationen Beschränkungen in der Entwicklung ihrer Programme und Forderungen aufzulegen. Es kommt hinzu, daß die Russen mit einem neuen, sehr weitgehenden, sich aber im Rahmen des Möglichen haltenden Vorschlag hervortreten wollen. Wenn er auch die Mehrheit der Abrüstungskommission gegen sich haben wird, so sichert ihm doch die Unterstützung Deutschlands, Hollands und der skandinavischen Staaten zum mindesten eine längere Erörterung. Offiziell ist bis jetzt über die Einzelheiten dieses russischen Vorschlags noch nichts bekannt geworden. Man kann sich daher nur an die Angaben halten, die verschiedene Journalisten aus den Kreisen der Sowjet-Delegation über das russische Programm erhalten haben wollen. Es wird berichtet, daß der Kernpunkt des neuen russischen Programms in dem Vorschlag liegt, daß in den Rüstungen aller Nationen ein zehnjähriger Stillstand einzutreten habe, während dessen Dauer alle Ausgaben für die Rüstungen auf die Hälfte herabzusetzen seien. Dieser russische Vorschlag bildet selbstverständlich keine Lösung des Abrüstungsproblems. Er ist, wie alle die Vorschläge, die in der Erörterung dieser Materie gemacht wurden, ein Kompromiß-Vorschlag, der Verzicht, anstelle der Theorie etwas Praxis zu setzen. Aber er hat zum mindesten das Gute für sich, daß er die einzelnen Delegationen der Konferenz einigt, etwas klarere Farbe über ihre Stellungnahme zur Abrüstungsfrage als solche zu bekennen. Somit ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die russische Beteiligung an den jetzt beginnenden Verhandlungen in Genf doch etwas mehr Leben in die Debatte bringt, vielleicht auch eine praktischere Förderung des Problems selbst.

Wenige Tage nach dem Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz wird auch der Völkerbundsrat zu einer Sitzung sich zusammenschließen. Zwei sehr wichtige Punkte stehen hier auf der Tagesordnung. Zunächst wird man versuchen, dem Konflikt zwischen Rumänien und Ungarn seine endliche Beilegung zu sichern. Durch die Erkrankung des rumänischen Außenministers Titulescu und durch die durch den Tod des Ministerpräsidenten Bratianu in Rumänien hervorgerufene Spannung der innerpolitischen Lage, ebenfalls durch Momente, die im Zusammenhang mit dem letzten Vertragsabluß auf dem Balkan stehen, ist auch in der Bewertung des rumänisch-ungarischen Konfliktes eine andere Situation geschaffen worden. Es ist daher im Augenblick ganz unerlässlich, wie die Mehrheit des Völkerbundesrats in dem Streit zu entscheiden gedenkt. Angesichts des heiklen Themas, dessen Erörterung auch gewisse mächtigste Kräfte verschiedener Großmächte recht deutlich in Erscheinung treten lassen würde, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die ganze Angelegenheit wieder einmal einer Unterkommission zur weiteren „eingehenden Behandlung“ übergeben werden wird.

Der polnisch-litauische Konflikt, der auf Grund des Protokolls von Komno offiziell zur Sprache kommen muß, hat sich nach seiner letzten Ausprägung durch die friedlichen Versicherungen Bolens wieder etwas gemildert. Kennzeichnend bei der Aufregung der letzten Tage war die Stellungnahme Englands, besser gesagt, seine offene Parteilichkeit für Polen, die sich sogar, wie die Auslassungen halb-offizieller Londoner Zeitungen erkennen lassen, zu gewissen Beschuldigungen an die deutsche Adresse verdichtete. Man hat versucht, die Zusammenkunft des Führers der russischen Delegation, Litwinow, mit Dr. Stresemann als das äußere Zeichen eines deutsch-russischen Zusammengehens in Genf hinzustellen. Diese Bewertung der deutschen Haltung gegenüber dem polnisch-litauischen Konflikt ist völlig falsch. Deutschland hat an einer pro-litauischen oder pro-polnischen Lösung der Wilna-Frage nicht das geringste Interesse, ebensowenig wie es ein Interesse daran haben kann, Partei zu ergreifen für Litauen oder für Sowjetrußland. Die Gründe, weshalb die Reichsregierung energisch auf die Wahrung der litauischen Selbständigkeit bestehen muß, sind Gründe, die nur mit einer der wichtigsten Lebensfragen Deutschlands zu tun haben. Wenn deutsche Interessen zufällig mit den Interessen anderer Länder zusammenfallen, so hat diese Tatsache auch nicht das geringste mit einer bewußten Absicht zu tun. Die englischen Vorwürfe müssen daher zurückgewiesen werden.

Die vierte Tagung des Abrüstungsausschusses.

Genf. (Funkpruch.) Die vierte Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wurde heute vormittags kurz nach 11 Uhr vom Präsidenten London, dem holländischen Gesandten in Paris, mit einer Rede eröffnet, in der er sich kurz zum Stande der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz äußerte. Der Anbruch von Publikum und Presse war sehr kurz. Mit Rücksicht auf die Delegation Sowjetrußlands, die erstmals an diesen Beratungen teilnimmt, wurden von der Genfer Polizei umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. So wurde der Zugang und Ausverkehr beim Glasgowlal, in dem die Tagung wieder abgehalten wird, gesperrt. Die Journalisten müssen sich zum erstenmal durch mit Photographieren verbotene Identitätskarten ausweisen. Von den 26 eingeladenen Staaten sind, wie bereits bei der letzten Tagung, Brasilien, Spanien und Uruguay wieder nicht vertreten. Die 23 anwesenden Staaten umfassen 14 Hauptstaaten und noch Argentinien, Belgien, Bulgarien,

Griechenland, Schweden, Tschechoslowakei, Jugoslawien und als Nichtmitglieder des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland. Die 21 Staaten haben fast ausnahmslos wieder die gleichen Vertreter entsandt, die für sie an den früheren Beratungen teilgenommen haben. Einige namhafte Persönlichkeiten fehlen jedoch, darunter vor allem Lord Robert Cecil und der belgische Senator de Bruckere, die die Beratungen der früheren Tagungen in vielen Fällen geradezu beherrschten hatten, und der als Vizepräsident nach Brüssel vertriebene amerikanische Kandidat Wilson, an dessen Stelle sein Nachfolger in Bern, der amerikanische Gesandte in Bern, Wilson, getreten ist, während die Delegationen Englands und Belgiens nunmehr unter der Führung Lord Cushendons und Baron Montchens stehen. Neben diesen beiden Persönlichkeiten sind den Italienern der sowjetrussischen Delegation am meisten Beachtung geschenkt.

Die belgische Regierungserklärung.

Brüssel, 29. Novbr. Ministerpräsident Jaspar verlas heute in der Kammer die Regierungserklärung, in der es u. a. heißt: Die neue Regierung ist gewillt, den finanziellen und wirtschaftlichen Aufbau zu vollenden und das Problem der Reorganisation der Armee in Wien. In der auswärtigen Politik wird sie das Werk internationaler Zusammenarbeit und Verständigung fortsetzen, das von den früheren Regierungen unter der Ägide des Völkerbundes im Geiste der Abkommen von Locarno unternommen wurde. Die Regierung wird die Kammer um rasche Ratifizierung verschiedener Schiedsverträge ersuchen und ihnen unverzüglich eine Reihe von Abkommen vorlegen, die unsere Beziehungen zu fremden Staaten noch vertrauensvoller gestalten sollen. Sie wird ferner alle Anstrengungen machen, um zu einer Vollendung der Revision der Verträge von 1899 im Geiste beiderseitiger Zusammenarbeit zu gelangen und dafür Sorge zu tragen, daß unsere wesentlichen Interessen, namentlich insoweit es sich um die Angänge zum Meer und zum Rhein handelt, nicht gefährdet werden. In internationaler Hinsicht wird die Regierung das Werk der wirtschaftlichen Expansion fortsetzen. Sie stellt fest, daß die Stabilisierung der Währung von einem, wie man wohl sagen kann, vollen und endgültigen Erfolg gekrönt worden ist, insofern in immer noch große Fortschritte.

Das militärische Problem beherrscht die politischen Debatten in überragender Weise. Das gesamte belgische Gebiet muß gegen einen Einbruch oder eine Besetzung geschützt werden. Dies wird durch zuverlässige Verteidigungsmittel gesichert, die zusammen mit den Beträgen einer Pflanzung für die Unverletzbarkeit des Bodens Belgiens bilden. Das Problem muß in seiner Gesamtheit gelöst werden. Die Regierung wird unverzüglich eine Vorlage über das Grenzverteidigungssystem einbringen und einen aus Parlamentariern und Militärs gebildeten gemischten Ausschuss einsetzen, der alle die Grenzorganisation und namentlich die Dienstleistungen betreffenden Fragen prüfen wird. In seinen Schlussfolgerungen wird die Regierung das Material für die dem Parlament vorzuliegenden Vorschläge entnehmen. Es wird keine neue Anleihe zur Ausfüllung der von der Regierung geplanten großen öffentlichen Arbeiten notwendig sein, die die wirtschaftliche Ausrichtung der Nation verbessern sollen. Die Kosten werden durch einen Teil der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen gedeckt werden. Jaspar schloß, indem er erklärte, daß das finanzielle Wohl des Landes um jedem Preis gesichert werden müsse.

Benfionen und Bartegelder.

Berlin. Die Vorschläge im Haushaltsausschuss, die zu einer getrennten Abstimmung der Koalitionsparteien bei der Einkunft der Pensionäre und Wartestandsbeamten geführt haben und die am Schluß der Sitzung eine Erklärung des Finanzministers Dr. Brüder veranlaßten, sind gestern nachmittags in einer Sitzung des Reichskabinetts besprochen worden. Die Reichsregierung ist jedoch in dieser Sitzung noch nicht zu bestimmten Beschlüssen gekommen, sondern sie wird sich wahrscheinlich heute mit den Fraktionsführern der Koalition über diese Angelegenheit noch einmal in Verbindung setzen, um, wenn möglich, doch noch eine einheitliche Stellungnahme der Koalitionsparteien herbeizuführen.

Polnische Warnnachrichten über Litauen.

Warschau. (Funkpruch.) Ein Teil der polnischen Presse ist noch gefüllt mit aus Wilna und Riga kommenden Alarmnachrichten und angeblichen Vorgängen in Litauen. So heißt es in einer solchen Wilnaer Nachricht, Woldemaras habe erklärt, daß die von Emigranten gegründete litauische Regierung einen Vorstoß auf Komno vorbereite, insofern sie in allen litauischen Garnisonen Alarmbereitschaft angeordnet worden. In Komno herrsche Panik. Weiter läßt sich Glos Prandy aus Wilna unbekannt melden, daß Woldemaras die 3 jüngsten Jahrgänge mobi-

lisiert habe, die binnen 48 Stunden unter den Waffen stehen müßten. Die Mobilisation sei gegen Polen gerichtet. Außerdem soll Woldemaras nach in Komno unläufigen hartnäckigen Gerüchten sich an die deutsche und russische Regierung mit der Bitte um militärische und diplomatische Hilfe gewandt haben. Angeblich habe die Regierung Woldemaras Deutschland als Preis für die Unterstützung die Abtretung des Kreises Memel versprochen.

11 Bahnarbeiter verschüttet.

Brag. (Telunion.) Das Grazer Volksblatt meldet: Beim Bahndammbau Feldbach-Gleichenberg ereignete sich gestern um 1/3 Uhr nachmittags ein furchtbares Unglück. In der Nähe des Galtshofes „Laser“ waren Arbeiter mit dem Ausbau der Fundamente für eine Betonstützmauer beschäftigt. Plötzlich löste sich eine Erdmasse von 30 cm los und verschüttete 11 Arbeiter. Nach zweiseitiger Rettungsarbeiten konnten die Verschütteten befreit werden. Acht von ihnen waren bereits erstickt und hatten mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten. Zwei weitere wurden schwer und einer leicht verletzt. Die Toten stammen alle aus der Umgebung des Kurortes Gleichenberg. Mangelhafte Böschung soll die Ursache des Unglücks sein. Die Toten wurden in die Totenhalle nach Trautmannsdorf gebracht. Im Laufe der heutigen Nacht hat eine Gerichtskommission an Ort und Stelle Erhebungen angestellt.

Um das Steuervereinfachungs-Gesetz.

Berlin. Die Verhandlungen des Reichsrats über das Steuervereinfachungs-Gesetz sind wegen der Unmöglichkeit der Beratung des Etats für 1928 unterbrochen worden, nachdem bisher das Grundsteuer- und Gewerbesteuer-Veränderungs-Gesetz beraten und erledigt wurden. Es stehen noch aus das Gebäudeversicherungssteuer-Gesetz und das Steueranpassungs-Gesetz. Es ist nicht anzunehmen, daß die Weiterberatung der Vorlage vor Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden kann. Gegenüber dem Gerücht, daß eine Ländermehrheit im Reichsrat, darunter auch Preußen, sich für eine Zurückziehung des Steuervereinfachungs-Gesetzes ausgesprochen hätte, erfahren wir aus zuständiger preussischer Stelle, daß die preussische Regierung sich auch weiter wie bisher energisch für die Erledigung des Gesetzes einsetze.

Erhöhung der Schwerbeschädigtenzulage.

Berlin. Der Reichstagsausschuss für Kriegsschwerbeschädigtenfragen nahm einstimmig einen Antrag Biegler (Dem.) an, wonach die Schwerbeschädigtenzulage bei Erwerbsunfähigkeit von 144 auf 168 Mark erhöht werden soll. Im übrigen wurden die Beschlüsse der ersten Sitzung über die Novelle zum Verordnungs-Gesetz bestätigt und der Ausschuss hofft, heute Mittwoch die zweite Beratung dieser Vorlage beenden zu können.

Amerika nimmt am Sicherheitsausschuß nicht teil.

Genf. (Telunion.) Von zuverlässiger Seite wurde gestern abend mitgeteilt, daß die amerikanische Delegation auf Grund früherer Versagen aus Washington sich an der Bildung des Sicherheitsausschusses nicht beteiligen wird und zwar wird die amerikanische Delegation in den Sicherheitsausschuß weder einen Delegierten noch einen Beobachter entsenden. Der Führer der amerikanischen Delegation, der Gesandte in Bern Wilson, wird voraussichtlich in einer der ersten Sitzungen der Kommission den Standpunkt der amerikanischen Regierung zu den Sicherheitsausschuß bekunden.